

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574,
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkonten Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 25 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im ähnlichen Teile 70 Pf., unter Einbezug 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsangelegen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Karl Wetke in Röhrig-Postamt.

Nr. 70

Dresden, Donnerstag, 22. März

1928

Der Ruffenkonflikt.

In der Mittwochssitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages hat sich der Außenminister Dr. Stresemann zum erstenmal über den Konflikt mit Rußland wegen der Verhaftung der deutschen Ingenieure ausgesprochen. Er gab dem Ausschuss Kenntnis von den Bestimmungen des deutsch-russischen Niederlassungsvertrags, die nach Ansicht der deutschen Regierung von Rußland in diesem Falle verletzt oder wenigstens nicht strikte eingehalten worden sind, und über die fortlaufenden Botsprechungen, die der deutsche Botschafter in Moskau mit dem russischen Außenministerium in dieser Angelegenheit führt. Diese Verhandlungen haben bis jetzt jedoch weder zu einer völligen Klärung der dunklen Angelegenheit, noch zu einer entscheidenden Änderung zugunsten der Verhafteten geführt. Jedenfalls hat das Auswärtige Amt eine Befähigung der vielen umlaufenden Gerüchte über die Gründe der Verhaftung bis jetzt nicht erhalten können. Da der inzwischen freigelassene Oberingenieur Goldstein wohl in Wälde in Berlin einreisen wird, muß man sich bei dem langsamen Funktionieren des amtlichen Apparates und der sichlichen passiven Reflexion der russischen Behörden noch einige Zeit gedulden. Der Reichstagsausschuß hat das Verhalten und die Maßnahmen der Reichsregierung gebilligt. In der deutschen Öffentlichkeit besteht zwar die berechtigste Erregung über den Vorfall weiter, jedoch ist man durch die politische Ausrichtung, die der Vorfall besonders in der französischen und englischen Presse erfahren hat, darauf aufmerksam geworden, daß eine übertriebene Stimmungserregung zwischen Deutschland und Rußland jedenfalls nicht im Interesse dieser beiden Länder, sondern nur in dem des sowjetfeindlichen Auslandes liegen würde.

Ministerpräsident Braun erkrankt.

Wie die „Völkische Zeitung“ meldet, ist der preussische Ministerpräsident Braun an einer Grippe erkrankt.

Abbruch der Aussprache über den sowjetrussischen Vorklag.

Genf, 21. März.
In Vorbereitung des Abbruchauschusses haben heute nachmittags die Vertreter Belgiens, Bulgariens, Jugoslawiens, Finnlands und Schwedens zu dem russischen Abbruchauschuß Stellung genommen, worauf der Vorsitzende Politi die russischen Bemerkungen zusammenfaßte. Er sprach sich ebenfalls dagegen aus, die bisherige Arbeit des vorbereitenden Abbruchauschusses aufzugeben, betonte aber die Möglichkeit, auf Grund des russischen Abbruchentwurfs bei der zweiten Sitzung des lombardischen französisch-englischen Entwurfs Ausschusses Zusatzanträge einzubringen. Ferner gab Politi dem Wunsch nach weiterer Mitarbeit der russischen Delegation lebhaften Ausdruck. Diese Mitarbeit könne am besten durch den Beitritt Sowjetrußlands zum Völkerbund verwirklicht werden. Insbesondere sei es zu empfehlen, daß Rußland mit seinen sämtlichen Nachbarstaaten Nichtangriffspakte abschließt, da es auf diese Weise praktische Garantien zur Erhöhung der Sicherheit geben würde. Die nächste Sitzung, die eine ausführliche Entgegnung Sowjetrußlands wird, ist auf Donnerstag nachmittags angesetzt worden.

Staatskredite mit Hilfe bestochener Sowjetbeamten.

Moskau, 22. März.
Der dem Obersten Gerichtshof begann gestern ein Prozeß gegen zwei Moskauer Privatbankiers, die auf ungesetzlichem Wege Staatskredite verschafft zu haben. Unter den 42 Angeklagten befinden sich der Vorsteher und Mitglieder der Verwaltung dieser Gesellschaften sowie eine Reihe von Angehörigen des Finanzministeriums und des Staatsbank, die gegen Bestechungsgelder der Gewährung von Krediten Vorschub leisteten. Der Verurteilungsausschuß beider Gesellschaften erhob Klagen. Die Summe des Bestechungsgeldes beträgt über sechs Millionen Rubel.

Dr. Stresemann zu den Neuwahlen.

Berlin, 21. März.
Auf dem heutigen Empfangabend des Berliner Verbandes der auswärtigen Presse und der Zeitungsverleger ergriff auch der Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort. Obwohl er betonte, keine große politische Rede halten zu wollen, kam er im Verlauf seiner Ausführungen doch auf die Neuwahlen zu sprechen, über deren Termin, wie er bemerkte, gestritten werde. Lassen Sie mich, so erklärte der Redner, aber die Anregung aussprechen, daß wir alle dazu beitragen sollen, den Wahlkampf auf ein Minimum an Zeit zu beschränken. Schließlich kommt es noch dahin, daß aus der vornehmen Art, mit der der Wahlkampf jetzt geführt wird, zum Schluß Demagogie und Parteihetz wird. Andere Völker benötigen nicht mehr als 14 Tage, um das Volk aufzuklären.

In der heutigen Zeit kommt den politischen Parteien eine ganz andere Bedeutung zu als früher. Ich würde durchaus die Grenzen zwischen der Autorität des Staates und der Autorität der Parteien getrennt wissen. Die Parteien sind aber heute mit viel größerer Verantwortlichkeit in das Staatsleben eingedrungen als früher. Und deshalb haben wir ein Interesse daran, zu verhindern, daß kapitalistischen Mächten ein übermäßiger Einfluß auf die Gestaltung des Reichstages eingeräumt wird. Deshalb wäre es durchaus eine diktatorische Idee, daß den Parteien nach der Stimmenzahl, die sie erhalten haben, die Wahllosen erriet werden. Wir brauchen auch eine ganz andere Mitwirkung der nicht beruflich gebundenen Intelligenz in unserem politischen Leben.

Nun laßt Sie mich zum Schluß noch das eine sagen. Es wäre töricht, zu glauben, daß eine Partei Deutschland glücklich machen könnte. Dies wird in schließlich nur von Rednern von lokaler Bedeutung nach dem Regeleit gepredigt, daß die eigene Partei nur Ungel umfasse, während die andere böse Feinde wären. Ohne ein Zusammengehen von Parteien können wir in Deutschland nicht regieren, und wie ich unsere heutige Zeit in den Augen der Welt weniger schön erscheinen, als während der Zeit wochenlanger Verhandlungen über die Regierungsabfindung ohne Koalition ist eine Politik in Deutschland nicht möglich. Die praktische Zusammenarbeit im Kabinett hat sich gezeigt, daß in Deutschland die Sachlichkeit zuletzt doch über alle Parteipolitik liegt. Ich habe den verschiedenen Kabinetten angehört und habe stets gefunden, daß die Mitglieder, trotz ihrer Zugehörigkeit zu den verschiedenen Parteien und trotz der manchmal auseinandergehenden Bestrebungen, sich doch immer zusammenfanden in der Verantwortlichkeit gegenüber Reich und Volk. Im Februar ging die Koalition auseinander, doch schon nach wenigen Tagen fand man sich nicht nur in der Koalition wieder zusammen, sondern einigte sich darüber hinaus mit der Opposition, um noch eine große Menge sachlicher Arbeit erst zu Ende zu bringen, ehe man am Wahlkampf heranginge.

Lassen Sie uns hoffen, daß diese Einigkeit und diese Sachlichkeit über die Parteien den Sieg davonträgt, die glauben, daß nur eine Partei irgend wie das Gute für Deutschland bringen könne und daß auch bei hartem Kampfe

bis 1918 dort tätig war. Er erklärte daß er in täglichen Verkehr mit den russischen Arbeitern den Eindruck gewonnen habe, daß niemand zu Frieden sei und alle irgendein anderes Regime wünscheten, nur nicht den Zarismus. Das neue Regime habe den Arbeitern lediglich einen Vorteil gebracht, nämlich einen vierwöchigen Urlaub ohne Lohnabzug. Gegenwärtig wählten sich drei Arbeiterfamilien mit zusammen einem Zimmer begnügen. Jede Fabrik habe einen politischen Vertreter, der nichts anderes tue als spionieren und die Arbeiter drangsalieren.

Die Lage des Arbeiters in der Sowjetunion.

Paris 22. März.
„Matin“ veröffentlicht Erzählungen eines französischen Arbeiters, der als Elektrikmonteur bis vor kurzem in der Sowjetunion gearbeitet hat, die russische Sprache beherrscht und bereit von 1907

Das Programm der Allsozialisten.

Der „Völkische“ veröffentlicht am Dienstag ein Programmentwurf der Alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der über Ziele und Wege dieser Partei Ausschluß gibt. Dieser Entwurf zeichnet sich weniger durch Festhaltung von Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung, auch nicht durch reifliche Anschließung programmatischer Wünsche aus, sondern vielmehr dadurch, daß er ein bestimmtes Bekenntnis, und zwar das zur praktischen Staatsmitarbeit, ablegt. Er vermeidet allesfassenbe Formulierungen, wohl aus der richtigen Erkenntnis heraus, daß solche programmatische Bindungen dem praktischen vernunftmäßigen Handeln nur zu oft hindernd im Wege stehen. Trotzdem weicht er dem sozialistischen Bekenntnis und auch sozialen Gegenwartserfordernissen nicht aus. Ganz offen wird in dem Programmentwurf ausgesprochen, die KPD. ist eine sozialistische Partei, und ebenso offen erklart das Bekenntnis zur Republik. Es war das Erkennen, einer zum Wohle der Gesamtheit planmäßig zu leitenden und anzuwendenden Gesellschaft schon die Merkmale des Sozialismus sind, sei dahingestellt. Allgemein herrscht doch wohl die Auffassung, daß erst die Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum das hervorstechendste Merkmal dieser Ideentätigkeit ist. Immerhin darf nicht verkannt werden, daß wo immer Sozialisten die politische Macht errangen, eine gewisse Unklarheit darüber vorhanden war, wie nun der Sozialismus praktisch durchgeführt werden solle. Am deutlichsten tritt das wohl in Rußland in die Erscheinung, wo die Staatsmacht restlos in sozialistischen Händen liegt. Auch wer die sozialistischen Experimente in Deutschland nach der Revolution beobachtet, vor an die Sozialisierungserfordernissen, an die Wirtschaftskrisenidee denkt, der weiß auch, wie schwer es ist, Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen. Und so sehr die Arbeit unbeschwerter für all und jedes im sozialistischen Rezept in der Tat liegt, so wenig lang dieses Rezept für die Wirklichkeit. Das, wie schon betont, dieses Programm auszeichnet und was die Allsozialisten von ihren Freunden von einst trennt, das ist das Bekenntnis zur unbedingten Verbundenheit mit dem Staate. Gleich einleitend im Entwurf heißt es:

„Die (die Allsozialistische Partei) wuerzelt in der Auffassung, daß das schaffende Volk nur im treuen Dienst an Volk und Staat innere und äußere Freiheit, Würde und geschichtlich lebendige Bedeutung gewinnen kann. Die Einstellung der KPD zum Staate liegt insulgedessen jenseits aller latenten Zweckmäßigkeitsbetrachtungen. Aus Grund und aus Gewissung dient sie dem Staate, ist bereit, sich dem Schicksal der staatlichen Notwendigkeiten bedingungslos zu unterwerfen.“

In diesem Bekenntnis liegt wohl das hervorstechendste Merkmal dieser politischen Bewegung. In Verfolg dieser Verbundenheit mit dem Volke, mit dem Staate, stellt der Programmentwurf dem auch Forderungen auf, die seine Selbstständigkeit, seine innere und äußere Freiheit voraussetzen. Es wird verlangt:

1. die Aufrechterhaltung des Berliner Vertrag und die Beilegung der dem deutschen Volk durch angedrohten Schuldzinsen auferlegten Lasten;
2. Revision der uns angedrohten Landergrenzen;
3. Herausgabe der ehemaligen deutschen Kolonien;
4. Vereinigung Österreichs mit Deutschland;
5. Durchführung der Abklärung aller Länder bis auf den Stand der deutschen Währung.

Man hat klar erkannt, daß das deutsche Schicksal, das Schicksal des letzten Arbeiters, von der Erfüllung dieser Forderungen abhängen. Und wenn in dem Programmentwurf betont wird, daß die sozialen Kräfte des Volkes auf die Beilegung des an uns vollzogenen Unrechts eingestellt und dauernd wachgehalten werden müssen, dann wird diese Forderung im ganzen Volk starken Widerhall finden.

In der Linie, dem Staate unter allen Umständen zu dienen, liegt es auch, daß man bei der innerpolitischen Zielsetzung sich verpflichtet, allen Einrichtungen und Maßnahmen zuzustimmen, die geeignet sind, die Machterhaltung und das Aufrechten

R